



Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 18/2011

Bremen, 28. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freundinnen und Freunde,

mit Erstaunen verfolgen wir die Berichte rund um die rassistischen und rechtsextremistischen Morde in Deutschland. Unabhängig davon, was die Ermittlungen am Ende ergeben, sind die jahrelange Verharmlosung und Bagatellisierung der rechtsextremen Gewalt offensichtlich. Das Grundvertrauen und die Glaubwürdigkeit der Menschen und insbesondere der MigrantInnen an Rechtsstaatlichkeit ist angekratzt. Wir sind alle aufgefordert gemeinsam nicht locker zu lassen und uns weiterhin für die Demokratieförderung und stärker gegen Rassismus einsetzen.

Gleichzeitig setzen wir unsere integrations- und migrationspolitische Arbeit für bessere Rahmenbedingung des Zusammenlebens fort. Darüber informieren wir in dieser Ausgabe.

Viel Freude beim Lesen wünschen
Zahra Mohammadzadeh und Antrhin Simon

Resettlement-Programm der UNHCR – Grüne sehen auch Bremen in der Pflicht

Ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh

Wir begrüßen den Vorstoß der rheinland-pfälzischen Integrationsministerin Irene Alt sich auf der nächsten Innenministerkonferenz, die Anfang Dezember stattfindet, für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Resettlement-Programm der UNHCR in Deutschland einzusetzen. Aus einer humanitären Verantwortung heraus muss es möglich sein, dass auch Deutschland sich dem Programm der UNHCR anschließt. Schließlich geht es hier um afrikanische Flüchtlinge, die sich in einer ausweglosen

Situation befinden und eine doppelte Vertreibung – zum einen aus ihrem Heimatland und zum anderen aus Libyen – erlitten haben. Diesen Personen muss geholfen werden, zumal es sich hier nicht um Wirtschafts- oder Armutsflüchtlinge handelt, sondern um Menschen, die unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen.

Vor dem Hintergrund der letzten Bürgerschaftsdebatte, in der sich das Parlament erneut für die Bereitschaft zur Hilfe ausgesprochen hat, ist es jetzt an der Zeit, Taten folgen zu lassen. Die grüne Bürgerschaftsfraktion sieht daher nun Senator Mäurer in der Pflicht, sich dem Vorstoß aus Rheinland-Pfalz anzuschließen und sich auf der IMK für die Aufnahme der Flüchtlinge stark zu machen. Auch Bremen muss bereit sein, entsprechend dem Verteilungsschlüssel, diesen Flüchtlingen, die sich in einer existenziellen Notlage befinden, eine neue Heimat zu geben. Deutschland kann sich leisten, hier mehr Aufnahmekapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Weitere Infos zur Initiative von Rheinland-Pfalz:

<http://mifkif.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/archive/2011/november/article/rheinland-pfalz-fordert-die-aufnahme-fluechtlingen-und-teilnahme-der-bundesrepublik-am-resettlement/>

Parlamentarische Initiative

Kleine Anfrage: Zugang zum Führerschein für MigrantInnen

Die grüne Fraktion hat eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, in der sie herausfinden wollte, wie sich derzeit der Zugang zum Führerschein für Migrantinnen und Migranten gestaltet. Denn aus integrationspolitischer Sicht hat die Führerscheinserlaubnis eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, da die Mobilität u.a. eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme bzw. Beibehaltung einer Berufstätigkeit ist. In der Antwort des Senats, die nun vorliegt, können Sie u.a. erfahren, in welchen Sprachen es möglich ist, die Theorieprüfung abzulegen und in welchen weiteren Sprachen Lernmaterialien erworben werden können.

Die Antwort des Senats finden Sie unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/392/392245.kleine_anfrage_zugang_zum_fuehrerschein.pdf

Presse

Ausländische Abschlüsse schneller anerkennen, Nachqualifizierung ermöglichen

Nachdem das Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Abschlüsse den Bundesrat passiert hat, erwarten die Grünen jetzt ein Konzept des Senates zur

www.gruene-fraktion-bremen.de

Umsetzung. Das Konzept soll u.a. die Beratung von MigrantInnen durch interkulturell geschultes Personal, die Information der AntragstellerInnen über die Möglichkeiten der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse und ein transparentes Verfahren mit übersichtlichen Zuständigkeiten sicherstellen. Insbesondere soll der Senat Vorschläge unterbreiten, wie den Betroffenen die Nachqualifizierung ermöglicht werden kann. Das sieht eine Antragsinitiative vor, die die Fraktion nun beschlossen hat. Dazu erklärt die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh: „In Bremen und Bremerhaven lebende MigrantInnen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre mitgebrachten Berufsabschlüsse durch Nachqualifizierungen und Zertifikate zu ergänzen und so den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes zu entsprechen. Union und FDP haben versäumt, die Nachqualifizierung als Rechtsanspruch im Gesetz festzuschreiben. Sie ist aber nötig, um das Gesetz zu einem Erfolg für den Arbeitsmarkt und für die Integration zu machen. Allein die schnellere Überprüfung der ausländischen Abschlüsse, die das Gesetz vorsieht, reicht nicht aus.“ Lesen Sie weiter unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/397/397157.auslaendische_abschluesse_schneller_aner.html

Schwarz-Gelb gefährdet soziale Stadtentwicklung

„Die Kürzungen beim Programm ‚Soziale Stadt‘, die Union und FDP im Bundestag beschlossen haben, gefährden den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven“, so die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland. Während in diesem Jahr um zwei Drittel gekürzt wurde, soll das Programm nach den Plänen von Schwarz-Gelb in 2012 gegenüber 2010 immer noch um mehr als 50 Prozent reduziert bleiben. Für die jeweils fünfjährigen Laufzeiten der Programme in 2011 und 2012 bedeutet das 1,4 Millionen Euro weniger an Bundesmitteln für Bremen. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Große Anfrage hervor.

Der stadtentwicklungs- und baupolitische Sprecher Carsten Werner erklärt: „Zwar werden wir durch eigene Anstrengungen die jetzt laufenden Projekte in den Quartieren noch bis 2014 sichern können. Aber ab dann werden die Einschnitte spürbare Folgen haben. Schwarz-Gelb gibt 40 Jahre alte Erfahrungen der integrierten und vernetzten Städtebauförderung und Stadtentwicklung auf und will sie auf rein investive Maßnahmen begrenzen. Viele erfolgreiche Projekte, mit denen Quartiere wie Osterholz-Tenever, Gröpelingen, Huchting oder auch Lüssum mit viel Engagement, intensiver Bürgerbeteiligung und einem hohen Mitteleinsatz nachhaltig entwickelt und stabilisiert worden sind, wären so nicht mehr möglich.“

Lesen Sie weiter unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/397/397178.schwarzgelb_gefaehrdet_soziale_stadtentw.html

www.gruene-fraktion-bremen.de

Aus dem Bund

Nie wieder vergessen – Debatte im Bundestag zu den rechtsextremistischen Mordtaten

Am Dienstag, 22. November, befasste sich der Bundestag auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in einer Sonderdebatte mit den rechtsextremistischen Mordtaten. Alle Fraktionen haben sich auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag verständigt. Für uns Grüne ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das wird immer deutlicher, je mehr Details über die rechtsterroristische Mordserie, über Unterstützer, Netzwerke und über das eklatante Versagen staatlicher Behörden bekannt werden. Jetzt helfen nicht Aktionismus, bloße Zentralisierung und der übliche Ruf der CDU/CSU nach Vorratsdatenspeicherung. Die Sicherheitsbehörden hatten alle nötigen Befugnisse und Möglichkeiten zur Kommunikation zur Verfügung. Sie müssen sie nur effizient anwenden. Deshalb muss zuerst geklärt werden, warum es ein so breites Versagen an vielen Stellen gegeben hat – offenbar teils aus Systemversagen, teils aus Nachlässigkeit. Wir brauchen lückenlose öffentliche und transparente Aufklärung aller Versäumnisse. Denn wir brauchen Sicherheitsbehörden, die funktionieren und einen realistischen Blick auf die Gefahr von Rechts haben.

Zehn Morde gehen auf das Konto der Gruppe Mundlos-Zschäpe-Böhnhardt, neun Morde an Türkei- und Griechenlandstämmigen Menschen und der Mord an einer Polizeibeamtin in Heilbronn. Dazu kommen wahrscheinlich mehrere Bombenanschläge, darunter ein Anschlag mit einer Nagelbombe in Köln mit 22 Verletzten, und eine Reihe von Banküberfällen. Menschen wurden verletzt und Menschen mussten sterben, weil sie dem Feindbild entsprachen, das Rechtsextreme von Menschen nicht-deutscher Herkunft entwerfen. Diese Verbrechen sind auch ein Anschlag auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Den Familien der Opfer muss unsere ganze Solidarität gelten. Lesen Sie weiter unter:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/innenpolitik/dok/396/396538.offensive_gegen_rechtsextremistische_gew.html

Den Entschließungsantrag finden Sie unter:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/innenpolitik/dokbin/397/397221.111122ea.pdf>

Hinweis

Interkultureller Kalender 2012

Unter dem Motto „Das will ich mal werden ...“ geben uns Kinder aus Bonner Familien einen Einblick in ihre Berufswünsche. Der Wandkalender im DIN A1-Format ist mehrsprachig gestaltet und berücksichtigt ausgewählte religiöse, kulturelle und internationale Fest- und Feiertage. Er macht die Vielfalt, die unser Zusammenleben prägt, sichtbar. Den Kalender können Sie beim Verband binationaler Paare und Partnerschaften bestellen unter:

<http://www.verband-binationaler.de/index.php?id=bonn>

Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin
zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de
Tel.: 3011 – 155



Antrhin Simon, Parlamentsreferentin für Migration und Integration
antrhin.simon@gruene-bremen.de
Tel.: 3011 – 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>